

Eigenwillige Eidgenossen

Das Resultat der Parlamentswahlen vom 21. Oktober 2007 in der Schweiz zeichnet sich durch eine deutliche Polarisierung der Parteienlandschaft bei gleichzeitig geschwächter Mitte aus.

Von Burkard Steppacher

Im Frühjahr spekulierten Wahlforscher noch über eine „Richtungswahl“ in der Schweiz. Doch das Ergebnis eines für Schweizer Verhältnisse ungewohnt heftigen und polemisch geführten Wahlkampfs war kein Mandat für eine von manchen erhoffte Mitte-Links-Mehrheit. Die Nationalratswahl vom 21. Oktober 2007 ergab vielmehr eine nochmaligen leichten Stimmenzuwachs für die nationalkonservative Schweizer Volkspartei (SVP) mit ihrem Zugpferd Bundesrat Christoph Blocher.

Überall auf der Welt werden Regierungen abgewählt, nur in der Schweiz ist dieser schöne demokratische Brauch unüblich. Seit 1959 setzt sich die Landesregierung nach einer „Zauberformel“ zusammen, in der die vier großen politischen Parteien vertreten sind. Parlamentswahlen haben auf die Regierungsbildung nur beschränkte Auswirkungen, Richtungsänderungen in der eidgenössischen Politik erfolgen vor allem durch die verfassungsmäßig verankerten direktdemokratischen Instrumente Initiative und Referendum, mit denen die Stimmbürger in Sachentscheiden unmittelbar mitentscheiden können.

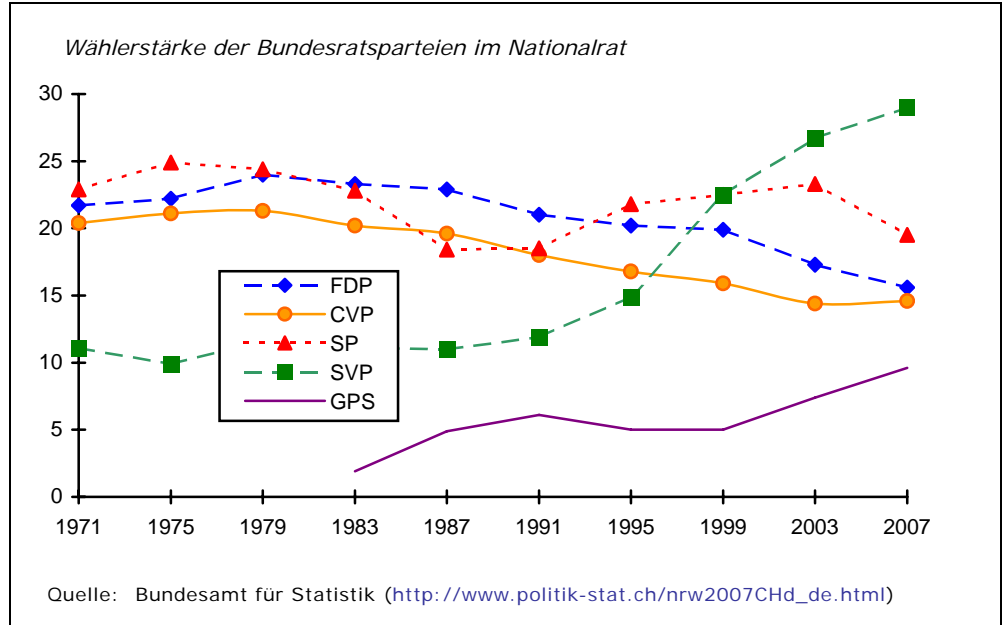
Und doch verändert sich etwas in der Schweiz: Langsam, schrittweise und nur in kleinen Bewegungen ist ein Wandel der Politik erkennbar. Stärker,

heftiger und emotionaler als seit langem tobte im Jahr 2007 der Wahlkampf in der Schweiz. Doch das Ergebnis war in Teilen anders als erwartet: Das Resultat der Parlamentswahlen vom 21. Oktober 2007 in der Schweiz zeichnet sich durch eine erkennbare parteipolitische Polarisierung bei gleichzeitig geschwächter Mitte aus.

Die nationalkonservative Schweizer Volkspartei (SVP) führte einen aggressiven Wahlkampf, geprägt von populistischen und teilweise xenophoben Argumenten. Zugleich erklärte die SVP die Wahl zu einem „Vertrauensvotum“ für ihr bekanntestes Regierungsmitglied Christoph Blocher. So konnte die früher kleinste der vier Bundesratsparteien ihren Stimmenanteil nochmals von 26,6 auf inzwischen immerhin 29,0 Prozent erhöhen. Auf dem linken Flügel des Parteienspektrums erfolgte ein interner Stimmenaustausch zwischen den Sozialdemokraten (SP) und der Grünen Partei der Schweiz (GPS). Die Grünen legten zwar deutlich zu (von 7,4 auf 9,6 Prozent), doch konnten sie weder die 10-Prozent-Marge überschreiten, noch die Verluste der Sozialdemokraten (Rückgang von 23,3 auf 19,5 Prozent) ganz ausgleichen. Sie erhielten zudem in einigen Kantonen Konkurrenz durch eine Grünliberale Partei (GLP), die auf Anhieb 3 der 200 Nationalratssitze errang.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

DR. BURKARD STEPPACHER

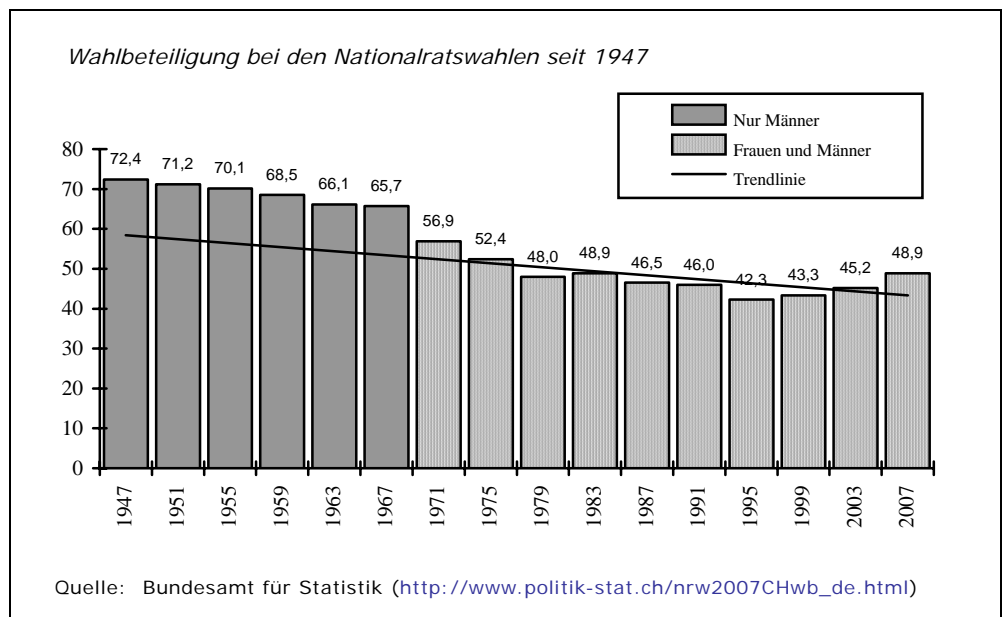


Die bürgerlichen Mitteparteien sind dagegen nicht aus dem Tal der Tränen herausgekommen: Während die Christlichdemokratische Volkspartei (CVP) ihr Ergebnis minimal stabilisieren konnte (von 14,4 auf 14,6 Prozent), ist die Freisinnig-demokratische Partei (FDP) erneut in der Wählergunst gesunken. Die ehemals stärkste Partei der Eidgenossenschaft verlor zum siebten Mal in Folge und liegt nun bei nur mehr 15,6 Prozent.

Die Wahlbeteiligung konnte auch bei dieser Nationalratswahl leicht ge-

steigert werden, wenngleich sie mit 48,9 Prozent noch immer unter der 50-Prozent-Marge liegt. Nach einem jahrzehntelangen Rückgang scheint seit Ende der 1990er Jahre hier aber eine Trendumkehr eingeleitet zu sein.

In den meisten Kantonen wurden Ende Oktober 2007 auch die Mitglieder der kleinen Kammer (Ständerat) gewählt. Sofern es bei den erforderlichen Stichwahlen keine außergewöhnlichen Ausschläge gibt, dürfte sich an der Regierungszusammensetzung Ende 2007 nichts ändern. Die Grünen (GPS)

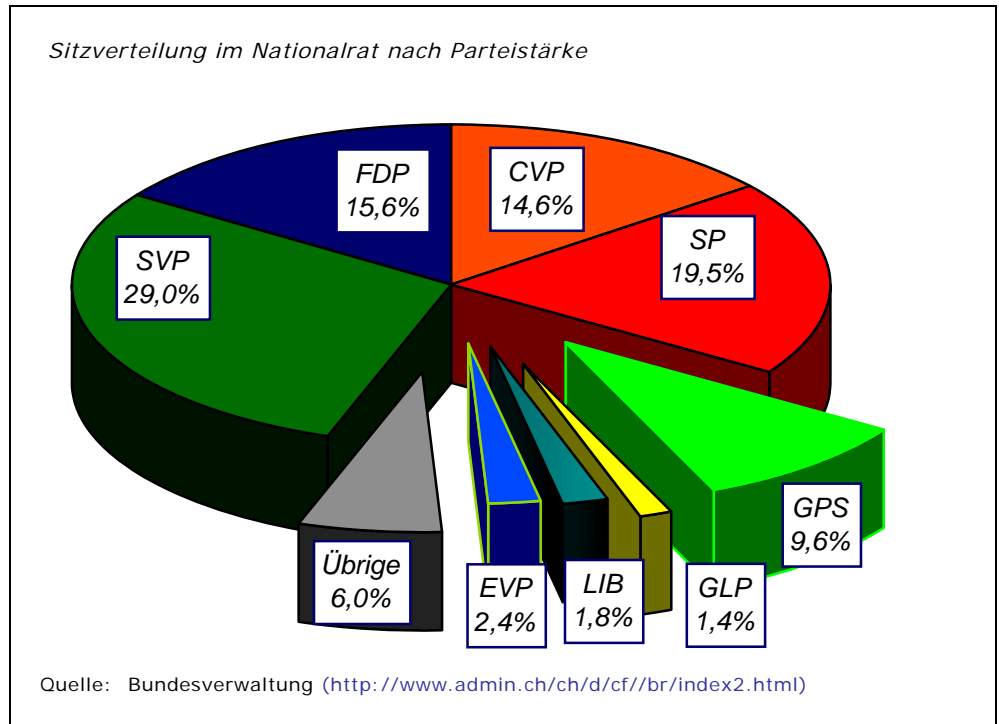


Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

DR. BURKARD STEPPACHER

haben zwar 2007 nochmals an Stimmen zugelegt und sind erstmals auch in den Ständerat eingezogen, doch rechtfertigt dies nach Auffassung der

derzeitigen vier Bundesratsparteien zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Veränderung der Zauberformel.



Trotz heftigen Wahlkampfes also nur geringe Verschiebungen. Was sind die Hintergründe für dieses Ergebnis? Was sind die Gründe für die außergewöhnliche Stabilität des schweizerischen Regierungssystems, bei der vier Parteien seit knapp 50 Jahren in einer Dauerkoalition gemeinsam regieren, wobei der Freisinn, quasi als „Staatspartei“ der Eidgenossenschaft, seit der Gründung des Bundesstaats im Jahr 1848 ununterbrochen (!) in der Regierung vertreten ist? Ursache für diese einerseits positive, andererseits aber auch mit Begriffen wie Verkrustung und Erstarrung titulierte Stabilität des Regierungssystems sind die direktdemokratischen Rechte, mit denen die Stimmbürger unabhängig von den Wahlen konkreten Einfluss auf politische Sachentscheidungen nehmen können.

Wenn die Parteien unter diesen Bedingungen politische Projekte in Gesetzesform bringen wollen, müssen die entsprechenden Vorhaben auf einem breiten politischen Konsens gegründet sein. Da aber Projekte, die

im Bundesrat (Regierung) bzw. in den eidgenössischen Räten (National- und Ständerat) nur mit knapper Mehrheit beschlossen wurden, erfahrungsgemäß im Referendum angefochten werden und dort tendenziell scheitern können, versuchen die politischen Akteure vorab die Entscheidungen schon „referendumssicher“ zu machen. Dieser Mechanismus ist von seiner historischen Entstehung erkennbar: Quasi im Gegenzug zur Stärkung der Volksrechte hat sich das nach 1848 ursprünglich freisinnig dominierte Regierungssystem des Bundesstaats innerhalb weniger Jahrzehnte schrittweise zu einer Konkordanzdemokratie entwickelt. Dementsprechend werden heute „referendumsfähige“ Gruppen in den Legislativprozess einbezogen (zum Beispiel in Form der Beteiligung am Vernehmlassungsverfahren), um dessen Erfolgchancen zu verbessern.

Der immer wieder – von links wie von rechts – diskutierte Abschied von der „Zauberformel“ und der von manchen geradezu ersehnte Wechsel zu einer

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

DR. BURKARD STEPPACHER

linken Regierungsmehrheit oder einer rein bürgerlichen Regierung ohne sozialdemokratische Beteiligung wäre aber angesichts der direktdemokratischen Verfassungsmechanismen eine zum baldigen Scheitern verurteilte Illusion. Ähnliche Modelle blieben schon auf kantonaler Ebene ohne Erfolg. Da die eigentliche Opposition nicht im Parlament sitzt, sondern vielmehr der Stimmbürger an der Urne eine permanente Kontrolle ausübt, sind die Parteien trotz inhaltlicher Gegensätze „zur Konkordanz verurteilt“.

Der Wahlkampf 2007 unterschied sich gleichwohl deutlich von früheren Kampagnen. Standen bei den früheren Parlamentswahlen vor allem Sachthemen und die Haltung der Nationalratskandidaten dazu im Vordergrund,

wurde diesmal bemerkenswerterweise eine Person zum Wahlkampfthema gemacht: Der bei der letzten Bundesratswahl vor vier Jahren in einer Kampfabstimmung neu in die Regierung gewählte SVP-Politiker Christoph Blocher bietet aufgrund seiner dezidierten politischen Standpunkte immer wieder Reibungsmöglichkeiten. Indem auf der rot-grünen Seite des Parteienspektrums die Wähler mit Parolen wie „Denkzettel für Blocher“ oder „Blocher abwählen“ zu mobilisieren versucht wurde, erreichte man jedoch letztlich das Gegenteil: Die SVP nahm diese Steilvorlage des Gegners dankend auf und konnte mit dem Szenario einer „Verschwörung gegen Blocher“ ihre eigenen Sympathisanten leichter an die Urnen bringen.

Die Mitglieder des Bundesrates, Herkunft, Amtsdauer und aktuelles Ressort

	Kanton	Partei	Amtszeit	Departement
Leuenberger, Moritz	ZH	SP	1995 –	UVEK (Umwelt)
Couchepin, Pascal	VS	FDP	1998 –	EDI (Inneres)
Schmid, Samuel	BE	SVP	2001 –	VBS (Verteidigung)
Calmy-Rey, Micheline	GE	SP	2003 –	EDA (Auswärtiges)
Blocher, Christoph	ZH	SVP	2004 –	EJPD (Justiz)
Merz, Hans-Rudolf	AR	FDP	2004 –	EFD (Finanzen)
Leuthard, Doris	AG	CVP	2006 –	EVD (Volkswirtschaft)

Quelle: Bundesverwaltung (<http://www.admin.ch/ch/d/cf//br/index2.html>)

Opfer dieser Wahlkampfstrategie wurden die Mitteparteien CVP und Freisinn, deren Sachthemen vom lauten Wahlkampfgetöse übertönt wurden. Die Christlichdemokratische Volkspartei (CVP) konnte sich jedoch insbesondere dank ihrer Sympathieträgerin, Bundesrätin Doris Leuthard, behaupten, und den politisch oft blassen Eindruck der vergangenen Jahre vergessen machen.

Gleichwohl steht die CVP auch in der kommenden, 48. Legislaturperiode in einer schwierigen Position: Zum einen sind die Hochburgen in den alten Stammländern der Innerschweiz sichtbar eingeebnet, zum anderen geht auch die politisch bedeutsame Brückenfunktion,

die die CVP traditionell zwischen allen Landesteilen ausübte, erkennbar verloren. Deutlich wird dies an den Erfolgen, welche die SVP bereits seit längerem auch in traditionellen CVP-Gebieten einfahren kann. Sich in dieser scharfen Wettbewerbssituation inhaltlich klar vom politischen Gegner abzugrenzen und dabei doch eine attraktive Sachpolitik zu betreiben, ist die Aufgabe, vor der die CVP als kleinste Regierungspartei (weiterhin) stehen wird.

* * *